

P/XVII/224

Bonn, den 6. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Wieder gekittet	42
	Die Falschen geopfert - Nach der Behebung der Koalitionskrise	
2 - 3	Um das Europa von morgen	86
	Das Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Parteien der EWG - Staaten Von Günter Markscheffel, zur Zeit Paris	
4	SPD behielt die Spitzenstellung	45
	Zum vorläufigen Ergebnis der Kommunalwahlen in Baden - Württemberg	
5	So nicht, Herr von Hase !	46
	Die Pressepolitik der Bundesregierung	
6 - 8	Herausfordernde Feststellungen	97
	Zum Gutachten des Verbandes Deutscher Studentenschaften Von Dieter Bielenstein	

Chefredakteur Günter Markscheffel

i. V. Albert Exler

Wieder gekittet

Ier - Schwer angeschlagen und gespickt mit unheilbaren Wunden geht die aus CDU/CSU und FDP zusammengesetzte Regierungskoalition aus der von ihr selbst verschuldeten Krise hervor. Zwei Staatssekretäre mußten über die Klinge springen; das war der Preis, den Adenauer zahlen mußte, um die brüskierten Freien Demokraten im Schoß der Regierung zu behalten. Alle Welt weiß, daß die Falschen geopfert wurden. Die wahren Urheber und Auslöser der jüngsten Koalitionskrise sitzen auf den Regierungsbänken, ein Tatbestand, der nicht durch noch so viele Interviews und Verlegenheitsausreden verdeckt werden kann.

Schon von Anfang an stand diese Koalition nicht unter guten Vorzeichen. Noch heute leiden die Christdemokraten unter dem Schock des Verlustes der absoluten Mehrheit und oft handeln sie auch so, als ob sie diese noch besäßen. Aber auch der ursprüngliche Übermut der Freien Demokraten hat einige Dämpfer hinnehmen müssen. Ehe sie sich so richtig zusammengerauft hatten, war ein Jahr vergangen, ein Jahr, das verban war, das dem vierten Kabinett Adenauer nicht gerade zur Ehre gereichte.

Nun kam es zu Beginn des zweiten Jahres dieser Legislaturperiode gerade zu der Spiegel-Affäre. Was der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Herr Dufhues, in völliger Verkennung der Bedeutung der Rechtssicherheit in unserem Staate als Beleiterscheinungen der Spiegel-Aktion bezeichnete, erwies sich als hochgradiger Explosivstoff, der die so mühsam zusammengehaltene Koalition zu sprengen drohte. Hoffnungen auf eine Spaltung der FDP gingen nicht in Erfüllung. Ein neuerlicher Unfall konnte sich die Partei Mendes nicht leisten. Adenauer gab nach, die beiden Staatssekretäre, die sich als Werkzeug für andere mißbrauchen ließen, landeten in der politischen Wüste. Es bleibt rätschhaft, weshalb die FDP nicht auf den Rücktritt jenes Ministers bestand, dessen Name im Zusammenhang mit der Spiegel-Aktion so häufig genannt worden war. Fehlte dazu der Mut?

Ist nun wieder alles in Ordnung? Wird der Kitt halten, wird diese Koalition den zu erwartenden Stürmen der nächsten Monate und Jahre gewachsen sein? Nicht viel Phantasie gehört dazu, um diese Fragen zu verneinen. Diese Koalition der Schwäche, der Treulosigkeit und des gegenseitigen Mißtrauens ist außerstande, die großen nationalpolitischen Aufgaben so anzupacken, wie es der Blick auf das übergeordnete Ganze gebietet. Die Wunden, die sie sich in den letzten so aufregender Tagen selbst schlug, werden nicht vernarben und als ein wucherndes Geschwür bestochen bleiben. So glanzvoll der Beginn der Ära Adenauers war, so schmähslich und ruhmlos zeichnet sich ihr Ende ab. Dafür sprechen alle Anzeichen, wovon die "Begleiterscheinungen" nicht die geringsten waren.

+ + +

Um das Europa von morgen

Das Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Parteien der
EWG - Staaten

Von Günter Markscheffel, zur Zeit Paris

Die Sozialdemokratischen Parteien der sechs EWG-Staaten haben am Dienstag dieser Woche in Paris ein Aktionsprogramm beschlossen, das in Zukunft die Grundlagen sozialdemokratischer Politik nicht nur in den europäischen Institutionen und Parlamenten, sondern auch die gemeinsame Plattform des europäischen demokratischen Sozialismus in den nationalen Parlamenten sein wird.

Die tragende Idee des Aktionsprogramms ist die Feststellung, daß es kein echtes Europa geben wird, solange kein "europäisches politisches System" geschaffen ist. Dieses System beruht auf einer Souveränitätsübertragung von Mitgliedstaaten auf die europäischen Institutionen. Die Trennungslinien, die den Aufstieg Europas behindern, müssen verschwinden, ohne daß die Verschiedenheit der Völker, ihre Veranlagung Art und Kultur verlorengehen. Selbstverständlich wird - so heißt es im Aktionsprogramm - sich dieses europäische System auf eine demokratische Ordnung gründen, wenn sie die Grundrechte und Grundfreiheiten garantiert. Diese Bestrebungen werden sich auf die Verwirklichung der Ziele der Verträge der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft innerhalb des Gemeinsamen Marktes und der Euratom stützen. Voraussetzung ist, daß eine einzige, mit ausreichenden Befugnissen ausgestattete und von einem demokratisch gewählten Parlament kontrollierte Exekutive die Verantwortung für diese Bestrebungen übernimmt. Europa darf keine geschlossene Gesellschaft bleiben; es soll und wird allen Staaten offenstehen, die die Grundsätze und Pflichten einer gemeinsamen europäischen Politik anerkennen. Es können auch separate Assoziierungsabkommen mit denjenigen Staaten abgeschlossen werden, für die im Augenblick eine Mitgliedschaft wegen ihrer besonderen politischen Situation nicht infrage kommen kann.

Kontrolle wirtschaftlicher Macht

Die innere Beziehung zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht setzt eine mit ausreichenden Befugnissen ausgestattete und vom europäischen Parlament kontrollierte Exekutive voraus. Auf zahlreichen Sektoren der europäischen Wirtschaft konzentriert sich die wirtschaftliche Macht immer mehr und übt auch politische Macht aus. Die Reform dieser Machtverhältnisse muß darauf gerichtet sein, das Eigentum an den Produktionsmitteln und die Verfügung darüber dem Gemeinwohl unterzuordnen.

Das gemeinsame Aktionsprogramm, das jetzt in Paris beschlossen wurde, legt ferner die Grundsätze des demokratischen Sozialismus für die europäische Energiepolitik, die Agrarpolitik und die Verkehrspolitik fest. Auf sozialem Gebiet wird angestrebt, daß sowohl die euro-

päischen Institutionen wie auch die nationalen Behörden sich an die Forderung zu halten haben, daß die Gesellschaftsordnung der europäischen Gemeinschaft auf die Normen der sozialen Gerechtigkeit gegründet sein muß. Das bedeutet in der Praxis: Vergrößerung des Arbeitnehmeranteils am Sozialprodukt, Verminderung der Unterschiede des Lebensstandards zwischen den Arbeitnehmern in den Ländern der EWG, Einführung eines wirksamen Systems der sozialen Sicherheit und Demokratisierung des gesamten Wirtschaftslebens. Die Unterschiede in den Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen beseitigt werden.

Von großer Bedeutung ist auch die stark formulierte aussenpolitische Konzeption der sozialdemokratischen Parteien der sechs EWG-Länder. Die Aktion der Gemeinschaft soll und darf nicht nur auf diese sechs beschränkt bleiben, sondern muß sich auch an die Aussenwelt richten. Der Aussenpolitik sind, entsprechend dieser Vorstellung, folgende Ziele gesetzt:

Ablehnung und Bekämpfung des Kolonialismus,
der Unterdrückung und Rassendiskriminierung,
Kampf für eine beiderseitige Abrüstung unter
Garantie einer internationalen Kontrolle,
Erweiterung der Hilfe für die Entwicklungsländer,
Unterstützung der Reform der Vereinten Nationen
um den Frieden besser zu sichern und die
Entwicklung einer internationalen Rechtsordnung
zu erleichtern.

Im Rahmen des Nordatlantik-Paktes muß die politische und militärische Zusammenarbeit zum Schutze der westlichen Welt ausgebaut und verstärkt werden. In der OECD muß eine enge Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten, den Ländern der Gemeinschaft und den übrigen assoziierten Ländern erfolgen, insbesondere, um eine Koordinierung von Plänen für die Wirtschaftshilfe zu gewährleisten.

Partnerschaft mit den USA

Es war das Verdienst der deutschen Delegation, die unter Führung von Erich Ollenhauer und nach einem stark beachteten Diskussionsbeitrag von Herbert Wehner auf die notwendige Partnerschaft zwischen der EWG und der Atlantischen Gemeinschaft hinwies. Auf dieser von Präsident Kennedy angebotenen Partnerschaft - so argumentierte Wehner - beruht die politische Aktionsfähigkeit im Sinne einer freiheitlichen und fortschrittlichen Politik des gesamten Westens.

Die Konferenz der Sozialdemokratischen Parteien Europas bildet mit ihren Beschlüssen, über deren Bedeutung in einem nächsten Artikel noch ausführlich berichtet wird, die Grundlage für eine erhöhte Aktivität der Sozialdemokratischen Parteien und ihrer Vertretungen in den Europäischen Gemeinschaften. Es darf wohl mit Recht gesagt werden, daß die in Paris gefassten Beschlüsse auch von Bedeutung für die weitere Entwicklung in der Auseinandersetzung mit dem östlichen Totalitarismus sein werden.

Der zweite Artikel wird in der morgigen Ausgabe des SPD-Pressedienstes veröffentlicht.

SPD behielt die Spitzenstellung

I.D. Unter dem bisher überschaubaren Ergebnis der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg vom vergangenen Sonntag steht weiterhin die Bezeichnung "vorläufig". Wegen des komplizierten Wahlsystems nimmt die Auszählung der Stimmen mehrere Tage in Anspruch. Hinzu kommt, daß die Gemeinderatswahlen weitgehend als Persönlichkeitswahlen gewertet werden müssen, da das Kumulieren und Panschieren (die Stimmenhäufung und die Übernahme von Wahlbewerbern aus anderen Wahlvorschlägen) jede politisch klare Aussage verwischt.

Dennoch aber lassen die Wahlergebnisse vor allem in den großen Städten gewisse Aussagen über den politischen Trend zu. Ohne die endgültigen Ergebnisse abwarten zu müssen, kann jetzt schon gesagt werden: Einen Erdbeben gab es nicht. Dennoch zeichnet sich eine interessante Entwicklung ab. Der Trend zu den beiden großen politischen Parteien hat sich fortgesetzt. CDU und SPD haben einige Prozent hinzugewonnen, wobei die SPD ihre Spitzenstellung, die sie bei den letzten Kommunalwahlen 1959 mit 30,9 Prozent aller Stimmen innehatte, weiter ausbauen konnte. Soweit sich jetzt schon absehen läßt, hat die FDP vor allem in den Städten Stimmenverluste hinnehmen müssen, während der Gesamtdeutsche Block/BFB seinen Stimmenanteil gehalten zu haben scheint.

Erstmals kandidierte bei einer Kommunalwahl die Deutsche Friedens-Union. Wenn es der DFU gelingen sein sollte, das eine oder andere Mandat zu erringen, so hat das keine symptomatische Bedeutung. Abgesehen von sektiererischen Einzelgängern werden ihr vor allem die ehemals kommunistischen Stimmen zugute gekommen sein. Die Deutsche Reichspartei die vereinzelt ebenfalls kandidierte, hat wohl selbst kaum mit Zulauf gerechnet.

Große Bedeutung haben bei den Baden-Württembergischen Kommunalwahlen die Freien Wählervereinigungen. Nur in etwa einem Drittel der 3380 Gemeinden, in den gewählt worden ist, haben Wahlvorschläge von Parteien vorgelegen. Es gab allerdings Wahlvorschläge, die von den Parteien unter anderer Bezeichnung eingereicht worden sind. Aufmerksamkeit verdienen jedoch die Wahlvorschläge der Freien Wählervereinigungen die keiner politischen Partei zugerechnet werden können. 1959 entfielen auf solche Wahlvorschläge 27,6 Prozent aller Stimmen.

Die Wahlbeteiligung hat im Landesdurchschnitt nur wenig über 50 Prozent betragen und war auf dem flachen Lande höher als in den Städten.

Die niedrige Wahlbeteiligung wird zur Begründung verschiedener Reformvorschläge herhalten müssen. Insbesondere bei der CDU machen sich Kräfte stark, die eine Einführung der Briefwahl bei den Kommunalwahlen und Landtagswahlen erzwingen wollen. Daß dadurch die Wahlbeteiligung steigen werde, ist kaum anzunehmen. Mit dem Hinweis auf das Wahlgeheimnis sind auch Bestrebungen im Gange, die vorherige Ausgabe der Stimmscheine an die Wahlberechtigten abzuschaffen. Bei der Vorliebe der Wähler für das Kumulieren und Panschieren würde der Wahlvorgang wohl kaum an einem Tag zu bewältigen sein, wenn der Wähler erst im Wahllokal seinen Stimmschein ausfüllen müßte.

So nicht, Herr von Hase !

sp - Die Bundesregierung ist mit dem Praktizieren der Methoden, die sie als Pressepolitik auszugeben wünscht, an einem Punkt angelangt, an dem sogar die Kritik an diesen Methoden zum Nonsens wird, weil sie sich mit einem Absurdum befassen müßte. Die Bundesregierung, die sich selber kopfüber in eine existenzbedrohende Krise stürzte, weil sie mit der Bewältigung der "Spiegel"-Aktion und dem, was sie heute euphorisch als "Begleitumstände" bezeichnet, nicht fertig wurde, hat es in einer völlig mißverständenen und ungekonnten "Vorwärtsstrategie" für möglich und zulässig gehalten, ihren verzweifelten Zorn auf die Presse abzuladen. Die Einfallslosigkeit und Instinktlosigkeit, mit der sich die Bundesregierung auf diese billige Weise Luft zu schaffen suchte, dürfte in der Geschichte der Pressepolitik der demokratischen Staaten zweifellos ihresgleichen vergeblich suchen.

Es wäre eine unzumutbare und auch absolut unnötige Selbstverteidigung, wenn die demokratische Presse des In- und Auslandes, gegen die die Bundesregierung pauschal zu Felde zog, in Feststellung offenkundiger Tatsachen bekunden wollte, daß sie in ihrer Berichterstattung niemals den höchst ernsthaften Ausgangspunkt des ganzen Falles, also den Verdacht des Landesverratsverbrechens, aus den Augen verloren oder ihm nicht das notwendige Gewicht beigemessen hätte. Umso törichter und peinlicher ist das Unterfangen der Bundesregierung, der demokratischen Presse des In- und Auslandes die Erfüllung der anderen Pflicht vorzuwerfen und ankreiden zu wollen, mit allem verfügbaren Nachdruck auf die unglaubliche Misere der sogenannten "Begleitumstände" hinzuweisen und nach Abhilfe zu rufen, bevor es zu spät sein könnte. Hier, genau an diesem Punkt, droht die Pressepolitik der Bundesregierung in einen Weg einzumünden, in dem sie niemand zu sehen wünschen kann, für den das Grundrecht der Pressefreiheit in einem demokratischen Rechtsstaat mehr sein muß, als eine Phrase, die ebenso dünnflüssig und substanzlos über die Lippen gleitet wie das zum Palaver-Soll gewordene Wiedervereinigungsgerede mancher Kreise.

Der Regierungssprecher von Hase, der es erstaunlicherweise auf sich genommen hat, die Presse mit den deplacierten Unmutsäußerungen der Bundesregierung bekannt zu machen, wird zweifellos gewußt haben, welchen riskanten und vermutlich irreparablen Schritt er damit getan hat. Herr von Hase ist nicht der einzige Bonner Staatssekretär, der in diesen Tagen Anlaß zur Verwunderung geboten hat. Es scheint so, als ob die Gilde der Bonner Staatssekretäre selber mitten in einer Krise stecke, die möglicherweise nur der Öffentlichkeit erst so urplötzlich erkennbar geworden ist. Die freie Presse aber ist weder ein Befehlsempfänger noch ein Dompteurobjekt. Sollte man diese Fakten bei der Bundesregierung und ihren berufsmäßigen Sprechern weiter übersehen wollen, dann dürfte die Koexistenz aus einem regelbaren Problem zu einer unvermeidbaren Krise werden. So, wie man sich am Montagmittag betätigen zu können glaubte, geht es jedenfalls ganz gewiß nicht.

+ + +

Herausfordernde Feststellungen

Von Dieter Bielenstein

"Ohne tatkräftige Maßnahmen zur Verbesserung unserer wissenschaftlichen Hochschulen ist die Zukunft unseres Staates und unserer Gesellschaft bedroht." Mit dieser eine Antwort herausfordernden Feststellung leitet der Verband Deutscher Studentenschaften ein Gutachten zur Gründung neuer Hochschulen ein, das er soeben der Öffentlichkeit vorlegte. In einjähriger sorgfältiger Arbeit hat eine Kommission junger Wissenschaftler und Studenten umfassende Vorstellungen entwickelt, wie die zukünftigen Universitäten in Bremen, Bochum, Regensburg und Konstanz gestaltet werden sollen. Das Ergebnis wird manchem, der den Reformbestrebungen für die Hochschulbildung nur zögernd folgen will, wie ein Aufruf zur Revolution in den Ohren klingen.

Umstürzung gewohnter Ordnungsbilder

Die 120 Seiten starke Denkschrift stürzt die gewohnten Ordnungsbilder unseres Universitätssystems um. Die Verbindung von Forschung, Lehre und Studium soll zwar weiterhin der Grundgedanke wissenschaftlicher Bildungsstätten bleiben, Zentrum der Forschung werden aber einerseits spezialisierte, andererseits interdisziplinäre Institute sein, deren Arbeit von einem Forschungsrat der Hochschule koordiniert, kontrolliert und gefördert wird. Die Unabhängigkeit der Hochschulforschung, heute durch Wirtschaftsinteressen und Finanzierungsaufgaben häufig beeinträchtigt, soll durch die freie Verfügung über staatliche Zuschüsse und durch die Kontrolle industrieller Auftragsforschung gesichert werden. Die notwendige Verbindung zur Wirtschaft und zur Öffentlichkeit stellt gleichzeitig ein Forschungsbeirat her, dem Vertreter aller an der Forschung interessierten Kreise angehören.

Die heutigen Fakultäten, durch ständige Erweiterung der Wissenschaftsgebiete zu groß und unbeweglich geworden, werden durch neu gegliederte, kleinere Abteilungen abgelöst. Ihre Bereiche orientieren sich an den Lehrgebieten und ermöglichen so auch, neue, die jetzigen Fakultätsgrenzen sprengende Aufgaben wahrzunehmen. So wie die Forschung an der Hochschule vom Forschungsrat geleitet wird, ist eine Lehr- und Berufungskommission für die Einrichtung und Koordinierung der Abteilungen zuständig.

Neue Aufgaben der Hochschulen

Drei neue, bisher nur gelegentlich erkannte Aufgabengebiete will die Denkschrift der Hochschule zuweisen. Ein Hochschulbeirat, dem Mitglieder der Universität, der Schulen, der Berufsausbildungsinstitutionen und der gemeindlichen und regionalen Verwaltung angehören, soll der Einheit der Bildungswege zur Geltung verhelfen und ihre jetzige sachlich unbegründete Isolierung aufheben. Weiterhin findet die Erwachsenenbildung in einem eigenen Institut ihren Platz, in dem Bildungsprogramme

entworfen; Zielsetzungen und Methoden der Erwachsenenbildung kritisch erforscht und Mitarbeiter systematisch aus- und weitergebildet werden. Doch auch unmittelbar sollen sich die Hochschullehrer mehr als bisher als Berater und Lehrer an der Erwachsenenbildung beteiligen. Schließlich kann die Hochschule auf drei Spezialgebieten im Rahmen ihrer Einordnung in den Gesamtaufbau der Höheren Ausbildung besonders intensive Arbeit für die wissenschaftliche Vor- und Fortbildung und die Überwindung der sozialen Schranken im Bildungswesen leisten: - auf dem Gebiet der Lehrerbildung, der allgemeinen Berufsausbildung und bei der Ausgestaltung des Zweiten Bildungsweges. Die Lehrerbildung ist durch besondere Institute, wie es in einigen Ländern bereits geschehen ist, in die Hochschule einzuordnen. Berufsausbildungsakademien als Einrichtung der Universität dienen dem ergänzenden Studium nach abgeschlossener Berufsbildung und zugleich der notwendigen berufsbegleitenden Weiterbildung. Vorstudienkollegs sind schließlich als Hochschul institute einzurichten, um so durch den Zweiten Bildungsweg auch an der Universität selbst Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen.

Neuregelung des Studienganges

Eine grundsätzliche Neuordnung sieht die Denkschrift auch in ihren Vorschlägen zur Reform des Studienganges vor. Ein Grundstudium zur methodischen und wissenschaftstheoretischen Einführung schließt mit einer Zwischenprüfung ab, der ein Hauptstudium mit einem neu gegliederten Hochschulexamen folgt. Die Semester sollen gleichmäßig lang von Oktober bis Januar und vom März bis Juni dauern. Als wichtigste Form des Studiums gelten kleine Arbeitsgruppen, Seminare und Übungen unter Anleitung von Dozenten, Assistenten und Tutoren. Die großen Hauptvorlesungen treten demgegenüber zurück. Ein Studien- und Prüfungsamt koordiniert, begutachtet und leitet die Aufstellung der Studienpläne und Prüfungsordnungen.

Reform der Selbstverwaltung

Dieser neuen Struktur von Forschung, Lehre und Studium muß notwendig auch eine Reform der akademischen Selbstverwaltung entsprechen. Die jetzt dominierende Stellung der Ordinarien wird ersetzt durch ein kollegiales Prinzip der Leitung auf allen Ebenen, angefangen von den Instituten über die Abteilungen bis zum Senat. Die Hochschullehrer, grundsätzlich mit der Berufung gleichberechtigt, bilden ein Kollegium, während die Assistentenschaft und die Studentenschaft sich eigene Gremien schaffen, die jedoch stets an der Selbstverwaltung angemessen beteiligt sind. Der Senat, zur Hälfte von Hochschullehrern und zu je einem Viertel von Assistenten und Studenten besetzt, bleibt das zentrale Organ der Hochschule. Seine einzelnen Aufgaben überträgt er sieben ständigen Senatskommissionen. Der Rektor soll in Anlehnung an englische Vorbilder auf fünf Jahre gewählt werden und "hauptamtlich" tätig sein. In der meisten Fällen wird man daher eine angesehene Persönlichkeit von außerhalb an die Hochschule berufen, denn kaum ein Hochschullehrer kann für diese Dauer auf Forschung und Lehre verzichten. Die eigentlichen Verwaltungsaufgaben wie Finanz- und Wirtschaftswesen sollen schließlich der staatlichen Einwirkung weitgehend entzogen und einer ausgebauten hochschul-eigenen Verwaltungsorganisation übertragen werden.

Diskussion nicht "durch das Schlüsselloch"

Diese Vorschläge, so umstürzend sie erscheinen, gründen sich auf eine ausführliche Analyse der heutigen Situation der Wissenschaft. Die fortschreitende Spezialisierung und zugleich der Zwang zur Kooperation wie die Abhängigkeit von umfangreichen und kostspieligen Einrichtungen haben auch an der Hochschule "großbetriebliche Formen" hervorgebracht. Der Einfluß von Wissenschaft als Mittel wirtschaftlicher und politischer Macht greift weiter aus als je. Beide Tendenzen führen zu immer neuen Einbrüchen in die Autonomie der Hochschule, stellt sie aber ebenso in die Verantwortung gegenüber Staat und Gesellschaft. Mit dem Verlust der konkret erfahrbaren Einheit der Wissenschaft wurde aber auch ihr Bildungswert für den Einzelnen im Sinne Wilhelm von Humboldts fraglich, eine Entwicklung, die auch nicht durch einen gezielten "Erziehungsauftrag" der Universität geheilt werden kann, wenn wir die Ideologisierung der Wissenschaft vermeiden wollen. Die Denkschrift zieht daraus die Folgerung, einen solchen Erziehungsauftrag abzulehnen. Als Lösung schlägt sie vor, durch neue Formen wieder jedem Studenten wissenschaftliche Arbeit möglich zu machen, zugleich aber die Einordnung von Wissenschaft in gesellschaftliche Bezüge zu verdeutlichen.

Heftige Diskussionen zu erwarten

Ansätze zu solchen Überlegungen finden sich bereits in den Empfehlungen und Anregungen des Wissenschaftsrates und in zahlreichen Gutachten zur Hochschulreform. Der Verband Deutscher Studentenschaften hat die Gedanken konsequent zu Ende geführt und die praktischen Schlussfolgerungen im Einzelnen gezogen. Mancher Einwand wird vorgebracht, einige Bedenken können zu Recht erhoben werden. Diese Denkschrift wird und soll heftige Diskussionen auslösen. Es ist das Verdienst der Studentenschaft, auf die Dringlichkeit von Reformen hingewiesen zu haben, da Mißstände durch halbe Maßnahmen nicht zu beheben sind. Weil diese Vorschläge wohl begründet vorgebracht werden, sollte man sich entschließen, Vertreter der Studentenschaft in die Gründungsausschüsse für die neuen Hochschulen zu berufen. Es ist unangemessen, die deutsche Studentenschaft "nur durch das Schlüsselloch" mit den zuständigen Gremien der Hochschulen diskutieren zu lassen, wie ihr Vorsitzender Lothar Krappmann bemerkte.

+ + +